

*Dies ist ein Begleittext als Ergänzung zum gleichnamigen Flyer Nr. 1.*

## **Fakten über Israel – Nahostkonflikt: Wer will Frieden?**

### **Teil I**

***Israel wird vorgeworfen, jegliche Friedensbemühungen zu sabotieren, weil es nicht wirklich bereit sei, auf die arabischen Forderungen einzugehen. Stimmt das?***

#### **Die Interessenkonflikte und Zivilisationswelten**

Das Nahostproblem besteht aus zwei Interessenkonflikten: der Absicht, den Staat Israel in der Region Palästina wiederherzustellen und der Absicht, das auf keinen Fall zuzulassen.

Dabei treffen zwei Zivilisationswelten aufeinander, die westliche, demokratische, laizistische, humanistische, von Nationalstaaten geprägte und die islamische, streng religiös ausgerichtete Welt, die ein Gross-Palästina der Araber anstrebt als Teil eines wiederhergestellten Kalifats, wo der Nationalstaatencharakter völlig sekundär ist.

Der Islam trennt diese beiden Welten strikt. Eine Konfliktlösung durch Koexistenz ist eine erniedrigende Schmach, die die islamische Welt kategorisch ablehnt, wie sie grundsätzlich mit der nicht-islamischen Welt keine dauerhaften Friedenverträge einght, die für sie immer ein Zeichen der Schwäche darstellen, die einer Niederlage gleichkommen.

Eigentlich will die westliche Welt durch Politik, Diplomatie und Verträge den Weg für die Wiederherstellung der jüdischen Heimat bereiten. In ihren Augen eine gerechte Sache. Die Existenz eines souveränen jüdischen Staates in Palästina, in einem seit 1300 Jahren islamischen Territorium, ist für die Araber dagegen ein „Pfahl in ihrem Fleisch“. Seit den ersten Heimkehrwellen der Juden vor über 100 Jahren unternimmt die arabische Seite alles, um diesen Pfahl wieder herauszureissen. Für sie ist es ebenfalls eine gerechte Sache. Es geht also um einen Interessenkonflikt, der auf unterschiedlichen Ebenen mit unvereinbaren Zielen ausgetragen wird.

Die arabische Seite legitimiert all ihre Aktionen gegen Israel mit ihren Schriften, dem Koran und den Hadithen, den Überlieferungen Mohammeds. Womit rechtfertigt Israel seine hartnäckige Weigerung, sich wieder vertreiben zu lassen? Durch seine Schriften, die Bibel? Das wäre adäquat. Doch sind die heutigen Israeli noch immer das Volk Gottes, das sich auf die Aussagen und Verheissungen der Bibel berufen könnte? Für die westliche Welt zählt dieses geistliche Argument mit der Bibel eigentlich nicht. Selbst die Mehrheit der Christen verteidigt Israel nicht entsprechend. Dennoch, die Bibel würde die Interessen der Juden vertreten, wenn sie so konsequent darauf bestehen würden, wie es die Araber mit dem Koran tun. Beide stehen im Grunde in einem Stellvertreterkrieg. Welcher Gott wird den Sieg davontragen? Welches Volk hat welche Verheissung für das Land? Welche Schriften geben Auskunft? Aus religiöser oder geistlicher Sicht heraus hat die Diplomatie der Welt keine Chance, Frieden zu stiften, besonders wenn die Religion der bestimmende Faktor ist.

Diese Konstellation sollte bei der Beurteilung des arabisch-palästinensischen Friedensverhaltens nicht unbedacht bleiben.

### **Teil II**

#### **Die Resolutionen als Wegbereiter**

Eckpunkte der westlichen Diplomatie im Nahostkonflikt sind die Balfour-Deklaration, das Palästina-Mandat, der UN-Teilungsplan 181 und die UN-Resolution 242, Dokumente, auf deren Wert und Wichtigkeit im Völkerrecht später genauer eingegangen werden soll. Hier nur so viel: Diese Dokumente repräsentieren den Willen der Völkerwelt für einen Staat Israel in Frieden und Sicherheit, neben einem arabischen Staat, beide im westlichen Teil des ehemaligen Palästina, auch westliches Palästina genannt, d.h. dem Gebiet zwischen Jordanfluss und Mittelmeer.

Der Eckpunkt der islamischen Antwort im Nahostkonflikt ist die Khartum-Resolution. Sie repräsentiert den Willen der islamischen Welt, den Staat Israel mit Terror und Krieg zu bekämpfen, und zwar nicht mit dem Ziel eines arabischen Staates neben Israel, sondern um Israel auszulöschen. Es geht nicht um einen Staat Palästina. Es geht um den Staat Israel. Da das jedoch gegenüber der westlichen Welt nicht „politisch korrekt“ ist, geht die islamische Seite auf Verhandlungen zu einer Zweistaatenlösung ein und demonstriert dadurch ihre Friedenswilligkeit. Der Schlusspunkt

dazu wäre aus westlicher Sicht ein völkerrechtlicher Vertrag über die Existenz zweier souveräner Staaten im ehemaligen Palästina. Das jedoch käme einer islamischen Niederlage gleich. Um dieser Katastrophe zu entgehen, stellt die islamische Seite Forderungen, die dem Frieden dienen sollen, ohne aber als Gegenleistung existenzsichernde Garantien für Israel zugestehen zu wollen. Keine Nation könnte darauf eingehen. Israel aber wird unterstellt, die Friedensbemühungen der islamischen Seite zu sabotieren. Stimmt das?

Schauen wir uns die Chronologie der Geschehen im Einzelnen an, um zu erkennen, wie die islamische Seite einerseits mit offenen, aber auch mit verdeckten Karten operiert, um einen jüdischen Staat zu verhindern:

### **Der diplomatische Werdegang und die arabischen Reaktionen**

Die westlichen Siegermächte ordneten nach dem 1. Weltkrieg das Gebiet des Osmanischen Kalifats im Nahen und Mittleren Osten neu. Neben der Bestätigung der heutigen Türkei schufen sie aus dem verbliebenen Kalifat neue Länder mit nationalstaatlicher Souveränität: Syrien, Libanon, Irak und Jordanien, das östliche Palästina. Das westliche Palästina zwischen Jordanfluss und Mittelmeer erhielt eine Sonderregelung durch Grossbritannien.

In dieser Zeit nach 1917 erwachte auf diplomatischem Weg das Bewusstsein, die Wiederherstellung Israels nach nahezu 2000 Jahren Abwesenheit zu verwirklichen. Wegweisend war hier die Balfour-Deklaration vom 3.11.1917. Darin erklärte sich Grossbritannien mit jüdischen Bestrebungen einverstanden, im damaligen Palästina [östliches und westliches Palästina] eine „nationale Heimstätte“ des jüdischen Volkes zu errichten.

Die völkerrechtliche Grundlage, die Einzigartigkeit und moralische Kraft dieses international anerkannten Begehrens liegen im Begriff „Wiederherstellung“. Er unterstrich, dass es einzig und allein um die Wiedererrichtung der nationalen Heimat des jüdischen Volkes ging, da nur das jüdische Volk unter allen Völkern der Welt keine andere Heimat hatte. Zudem konnte es nicht um die Besetzung eines arabischen Staates, oder um die Unterjochung oder Vertreibung eines arabischen Volkes in dieser Gegend gehen. Die arabischen Menschen in dieser Gegend übten ihre Souveränität bereits in mehreren umliegenden Staaten aus. Die wenigen arabischen Beduinenbewohner in diesem Restgebiet des ehemaligen Osmanischen Kalifats wiesen keine völkische oder nationale Identität auf. Im wiederhergestellten Staat Israel würden ihre bürgerlichen und religiösen Rechte garantiert sein, so sie sich integrieren wollten. Aber sie hatten auch die Freiheit, im mehrmals grösseren Gebiet des östlichen Palästina [dem heutigen Jordanien] nationale arabische Gemeinwesen zu gründen.

Davon abgesehen besagt die biblische Prophetie, dass das jüdische Volk in Israel, dem Land ihrer Väter wiederhergestellt werden würde.

Faisal, Sohn des Königs Hussein ibn Ali der damaligen Region Hedschas im heutigen Saudi-Arabien, unterzeichnete am 3.01.1919 gemeinsam mit dem späteren Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation (WZO) das Faisal-Weizmann-Abkommen, in dem die arabische Seite der Balfour-Deklaration zustimmte. Aus verschiedenen Dokumenten ist sein Wohlwollen für die Wiederherstellung Israels belegt: *„Die Juden stehen den Arabern blutsmässig sehr nahe und zwischen den beiden Völkern gibt es keinen Konflikt der Charaktere. Grundsätzlich besteht zwischen uns absolutes Einvernehmen. ... die jüdische Bewegung ist national und nicht imperialistisch.“*

Ein syrischer Kongress, der arabische Nationalisten vertrat, verabschiedete dagegen am 2.7.1919 eine Resolution gegen die Ansprüche *„im südlichen Teil Syriens, Palästina genannt [das östliche und westliche Palästina], ein jüdisches Gemeinwesen zu schaffen.“* Spätestens hier war der Grund für den heutigen Nahostkonflikt gelegt.

Für den fundamentalistischen Islam bedeutet ein jüdischer Staat auf islamischem Boden eine Katastrophe; denn nach islamischer Auffassung darf ein zuvor für Allah einverleibtes Gebiet nie wieder an Ungläubige verloren gehen. Gegen alle Widerstände wurden westliche Resolutionen wie das Palästina-Mandat und der UN-Teilungsplan 181 jedoch Wegbereiter für die Staatsgründung Israels 1948 und Grund genug, diese Katastrophe immer wieder durch Krieg und Terror ungeschehen machen zu wollen.

### **Das Palästina-Mandat von 1922**

Grossbritannien hatte das Mandat erhalten, die Balfour-Deklaration umzusetzen. Grundlage wurde das Dokument *Palästina-Mandat*. Sein Zweck war:

- Die Schaffung einer nationalen Heimat für das jüdische Volk in Palästina. [Durch die Abtrennung des östlichen Teils von Palästina, dem Emirat Transjordanien 1923, dem seit 1946 unabhängigen Königreich Jordanien, beschränkte sich die Schaffung der Heimat für das jüdische Volk auf das westliche Palästina zwischen Jordanfluss und Mittelmeer.]
- Das legale Recht der Juden, überall in Palästina (im westlichen Palästina) zu siedeln, unter Beachtung der bürgerlichen und religiösen Rechte der dort lebenden nicht-jüdischen Menschen.
- Die Betonung des Siedlungsrechts für die Juden, von denen die meisten ja noch nicht im Lande lebten.
- Die ausdrückliche Anerkennung der historischen Verbindung des jüdischen Volkes mit dem Boden Palästinas (dem westlichen Palästina) zur Wiederherstellung ihrer nationalen Heimat; denn das jüdische Volk hatte ja keine andere, im Gegensatz zu den arabischen Menschen, die ihre Souveränität bereits in mehreren Staaten ausübten.
- Die garantierten Rechte in ganz Palästina (im westlichen Palästina) zur Geltung zu bringen. Somit waren die gesetzlichen Rechte auf Souveränität der Altstadt von Jerusalem ebenfalls daraus ableitbar.

## **Völkerrechtliche Grundlage des Palästina-Mandats**

Die Balfour-Deklaration enthielt eine Aussage von politischer Tragweite, war aber ohne völkerrechtliche Bedeutung. Diese Notwendigkeit mündete an der San Remo-Konferenz des Völkerbundes in das besagte Palästina-Mandat, das am 24.7.1922 von 51 Mitgliedstaaten endgültig angenommen und so zur bindenden Resolution mit der gesamten Kraft des Völkerrechts wurde. Grossbritannien zeichnete verantwortlich, dieses Mandat auszuführen.

Das Mandat widerstand allen aufkommenden arabisch-islamischen Oppositionen, wurde von der Nachfolgeorganisation UNO am 28.4.1946 bestätigt und bildete weiterhin die völkerrechtliche Grundlage für die Einwanderungswellen und das Siedlungsrecht im ganzen westlichen Palästina, trotz ständiger massiver arabischer Behinderungen, die den Anschein erweckten, die Besiedelung in Palästina durch die Juden sei illegal.

Es hat auch heute noch seine Gültigkeit, zumal das für einen arabischen Staat vorgesehene Gebiet, hauptsächlich die Westbank und der Gazastreifen, nach wie vor ohne staatliche Souveränität ist.

## **Der islamische Anspruch: Kollision mit dem Palästina-Mandat**

Die politische Neuaufteilung des alten Osmanischen Kalifats durch die Siegermächte von 1919 änderte jedoch nichts an den territorialen Ansprüchen des Islam auf das westliche Palästina, das, wie gesagt, seit 1300 Jahren islamisch war und in dem keine nichtislamische Macht die Herrschaft ausüben durfte. Der eventuelle Verlust der islamischen Autorität ist eine nicht hinnehmbare Schmach. Es heisst, die Identität des Islam werde dadurch in Frage gestellt. So hat der Islam auch Spanien als ehemaliges *El Andalus* bis heute nicht aufgegeben.

## **Chronologie der arabischen Ablehnung**

### **UN-Resolution 181 von 1947**

Das Palästina-Mandat ebnete den Juden die legale Einwanderung, was die arabischen Bewohner jedoch immer wieder mit Überfällen bekämpften, so dass die ersten Siedlungen reinste Wehrdörfer waren.

Die UNO unterbreitete mehre Pläne, um die jüdische und arabische Bevölkerung in zwei autonome Staaten zu trennen, mit einer gemeinsamen Wirtschaftsunion. Die Resolution 181 erhielt schliesslich am 29.11.1947 eine 2/3-Mehrheit in der UN-Vollversammlung. Die jüdische Seite stimmte dem Votum der Völkergemeinschaft zu. Die arabische Seite dagegen verwarf die Resolution. Sie lehnte damit nicht nur einen zukünftigen jüdischen Staat zwischen Jordanfluss und Mittelmeer ab, sondern blockierte auch das gleichzeitige Angebot eines eigenen arabischen Staates neben einem jüdischen Staat im besagten Gebiet. Nur so konnte ihr Alleinanspruch auf das ganze Gebiet gewahrt bleiben.

Für die jüdische Seite war die Entscheidung für die Resolution 181 die Grundlage, einen jüdischen Staat zu verwirklichen.

### **Die Staatsgründung Israels 1948 und sein ungelöstes Grenzproblem**

Die Resolution 181 war die Bestätigung der Legitimation eines jüdischen Staates in bestimmten Grenzen im westlichen Palästina. Die völkerrechtliche Grundlage jedoch beruht auf dem Palästina-Mandat und wie bei anderen Staaten auch auf der willentlichen Unabhängigkeitserklärung von Volk und Regierung, auch gegen den Widerstand anderer Staaten, sowie der Einsetzung einer lebensfähigen Regierung innerhalb seines ihm bestimmten Territoriums. Dies erfolgte für das jüdische Volk am 14.5.1948.

Am darauf folgenden Tag überfielen arabische Armeen jüdische Siedlungen, um die Staatsgründung rückgängig zu machen. Für Israel war das der erste Krieg um Existenz und Unabhängigkeit. Er endete mit Territorialgewinn, womit die vorgesehene Grenze für den arabischen Staat überholt und die Resolution 181 ihre Bedeutung eingebüsst hatte. Die neue Grenzlinie, eine vorläufige Waffenstillstandslinie, die sog. „Green Line“, ist bis heute keine Staatsgrenze, da die arabische Seite Friedensverhandlungen darüber strikt ablehnt. Sie hätte sonst, wie zuvor erwähnt, die Existenz des jüdischen Staates anerkennen müssen.

### **Die arabischen Flüchtlinge von 1948/49**

Am Tag nach der Staatsgründung Israels begann das Israel angelastete Flüchtlingsproblem der arabischen Bevölkerung. Denn zu Beginn der arabischen Überfälle auf jüdische Wohngebiete flohen, von ihren Führern dazu aufgefordert, etwa 700'000 Araber in die umliegenden Länder, die Westbank und in den Gazastreifen, mit dem Versprechen der baldigen Rückkehr nach Israels Zerstörung. Dem Drängen der Israeli, zu bleiben, folgten etwa 160'000. Wenige andere konnten sich dem verordneten Flüchtlingsstatus entziehen und kehrten 1949 wieder zurück. Sie alle bekamen nach dem Ende des Unabhängigkeitskrieges die israelische Staatsbürgerschaft mit allen Rechten und Pflichten. Sie leben heute praktisch Seite an Seite mit den Israelis, z.B. in Haifa als gutes Beispiel. Sowohl Israels Angebot der Repatriierung von 100'000 arabischen Flüchtlingen in Israel als auch mehrere entsprechende UN-Angebote zur Ansiedlung im Sinai, in Jordanien und Syrien, einschliesslich ihrer Finanzierung, wurde von arabischer Seite kategorisch abgelehnt. So leben diese sog. Flüchtlinge der zweiten und dritten Generation seither in 59 Flüchtlingslagern der umliegenden Länder, künstlich isoliert, ohne Recht auf Bildung und Arbeit, staatenlos. Nach UNRWA-Quellen soll die Zahl der Flüchtlinge bis heute auf 5.2 Mio. angewachsen sein, die auf ein Rückkehrrecht pochen, wobei 2.5 Mio. von ihnen gar nicht mehr in Flüchtlingslagern leben. So existiert das erzwungene Privileg eines elenden Flüchtlingslebens, das weltweit einmalig ist, einzig um als politische Waffe gegen Israel eingesetzt zu werden.

Damit die schmachvolle Katastrophe (Nakba) der Staatsgründung Israels nicht in Vergessenheit gerät, wird von der politischen Führung der Palästinensischen Autonomiebehörde dieses Elends der Flüchtlinge alljährlich am 15. Mai gedacht mit der steten Wiederholung der Behauptung, nicht die arabischen Invasoren, sondern die jüdischen Verteidiger seien der Verursacher des Flüchtlingselends.

### **Der Sechstagekrieg von 1967 und seine Folgen**

Die immer wieder erklärte Absicht der arabischen Seite, „Israel ins Meer zu treiben“ erreichte einen neuen Höhepunkt mit der Schliessung der Strasse von Tiran durch Ägypten, was einer Kriegshandlung gleich kam. Der von Israel daraufhin ausgelöste Präventivschlag endete in nur sechs Tagen mit der Einnahme des von Jordanien seit 1948 annektierten Gebiets für den arabischen Staat (die sog. Westbank), einschliesslich des durch Jordanien besetzten Ostjerusalems, das Jerusalem zur geteilten Stadt gemacht hatte, sowie des von Ägypten kontrollierten Gazastreifens und der von Syrien kontrollierten Golanhöhen, von wo aus Jahrzehnte lang die israelischen Wohngebiete am See Genezareth beschossen wurden.

War schon die Staatsgründung aus arabisch-islamischer Sicht eine Katastrophe, so war dieser militärisch entsetzliche Rückschlag eine Niederlage, die zur völligen Verweigerung von Friedensverhandlungen führte. Die Führer von acht arabischen Staaten verabschiedeten am 1.9.1967 mit der Khartum-Resolution das 3-fache NEIN – *Kein Frieden mit Israel, keine Anerkennung Israels, keine Verhandlungen mit Israel*. Dem stand dann die UN-Resolution 242 vom 22.11.1967 entgegen. Denn diese forderte den Rückzug Israels „aus [nicht genau definierten] besetzten Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden, im Gegenzug für eine Anerkennung Israels und die Respektierung seiner Sicherheit „frei von Bedrohung und Gewalt“. Diese fehlende Anerkennung Israels und Respektierung der Sicherheit machte es Israel jedoch unmöglich, seit dem Sechstagekrieg besetzte Gebiete, vor allem die Westbank, ohne Friedensgarantien abzutreten. Diese selbst aufgerichtete Hürde offenbarte, dass die arabische Seite an den Gebieten gar nicht wirklich interessiert war und das bereits seit dem UN-Teilungsplan 181 von 1947.

Diese Politik der arabischen Verweigerung von Friedensverhandlungen bewirkte, dass Israel auf den Gebieten, die laut Resolution 181 ja für einen arabischen Staat gedacht waren, quasi „hocken“ blieb.

Die arabische Seite begann Israels „Zurückhaltung“ auf der internationalen politischen Bühne und durch die Medien weltweit als israelische Besatzungspolitik anzuprangern bis hin zur Klage „der Diffamierung des palästinensischen Volkes durch das israelische Apartheid-Regime“. Die Politik des Westens stellte weder richtig noch brachte sie Gegenargumente wie etwa: *„Wenn die arabische Seite Friedensverhandlungen verweigert, verliert sie das Recht auf die Gebiete.“*

Die arabisch-islamische Seite bemüht sich nicht um Frieden, aber hält in der Bevölkerung alljährlich am 5. Juni die Schmach der erneuten Niederlage als Tag des Rückschlags (Naksa) hoch, wodurch der westlichen Welt gegenüber immer wieder der Eindruck vermittelt wird, dass Israel der Schuldige an der ganzen Misere sei.

Diese für Israel negative politische Stillstands-Situation hielt 10 Jahre an. Erst 1977 begann Israel, die herrenlosen Gebiete, vor allem die Westbank, Israels historisches Kernland Judäa und Samaria, im Sinne der Wiederbelebung historischer Stätten, punktuell zu besiedeln, nach wie vor im Einklang mit dem Palästina-Mandat. Darauf hatte die arabisch-islamische Seite offenbar gewartet. Jetzt war Israel vor aller Welt fixiert: Als „Besatzungsmacht“ kann Israel keinen Frieden wollen und es verweigert dem palästinensischen Volk auch noch seinen eigenen Staat. Dass die arabische Seite aufgrund der Khartum-Resolution Frieden mit Israel verweigert und durch die Nichtanerkennung Israels selber keinen eigenen Staat anstrebt, ihn aber vehement fordert, wird nicht als Manipulation gegen Israel ausgelegt.

Die arabische Seite hatte seit 1967 mit dem Argument „Israel die Besatzungsmacht“ begonnen, das Blatt zu kehren, ohne dass die westliche Welt der Verdrehung der Tatsachen entgegentrat.

### **Der Yom Kippur-Krieg und die Ölkrise 1973**

Der Yom Kippur-Krieg 1973 bestätigte die ungebrochene Absicht der arabischen Seite, Israel militärisch zu besiegen. Dabei fielen mehr als 2500 israelische Soldaten, 7500 wurden verletzt und 300 gerieten in Gefangenschaft.

Auch nach diesem Krieg verweigerte die arabische Seite Friedensverhandlungen und hielt somit den Status ungelöster Grenzen und nicht eingelöster eigener Staatlichkeit offen. Die OPEC (Organisation erdölexportierender Länder) dagegen führte mit der Drosselung der Ölfördermenge und der drastischen Anhebung der Rohölpreise im gleichen Jahr in den Industrieländern des Westens eine Ölkrise herbei. Sie wirkte als eine psychologische Waffe gegen Israel mit der faktisch verdrehten Behauptung, die Gebiete seien besetzt und die „Rechte des palästinensischen Volkes“ müssten wiederhergestellt werden. In dem Schock der Ölkrise widersprach niemand aus der westlichen Welt der Behauptung, die palästinensischen Araber im westlichen Palästina seien ein Volk, obwohl sie mehrheitlich quasi als Gastarbeiter im vergangenen Jahrhundert aus den Nachbarländern zugewandert waren.

### **Situation vor dem Oslo-Prozess 1991**

Alle feindseligen und kriegerischen Auseinandersetzungen seit 1970 (Yom Kippur-Krieg 1973, 1. Libanonkrieg 1982, 1. Intifada-Terroraufstand 1987, Raketenüberfall des Irak 1991) waren arabische Aktionen, um Israels Existenz auszulöschen, sowie Israels Gegenaktionen, das zu verhindern. Ständiger Terror führte zur Errichtung von Mauern und elektronischen Zäunen entlang der Waffenstillstandslinien von 1949, die als eigenmächtige Grenzfestlegung und als Ghettoisierung und Apartheidmethoden definiert wurden, auch von den westlichen Medien, statt sie als Schutz der israelischen Bevölkerung vor den andauernden arabischen Terrorüberfällen zu erkennen.

Die internationale Politik moralisiert Israel seither, um eines Friedens willen auf die umstrittenen Gebiete zu verzichten, das heisst der arabisch-palästinensischen Friedensformel „Land ohne Frieden“ nachzugeben, in der Annahme, Frieden komme auch ohne Gegenleistung. Offensichtlich will sich die westliche Diplomatie dem Argument Israels nicht anschliessen, dass Israel seine Existenz verlieren werde, wenn eine Friedensregelung nicht nach Völkerrecht abgesichert werde. Trotzdem war Israel bereit mit dem neuen Ansatz des Oslo-Prozesses dieses Risiko in Kauf zu nehmen, trotz der Jahrzehnte langen Realität arabischer Vernichtungsabsichten und Verweigerungspolitik.

### **Der Oslo-Prozess 1991 und der zweite Intifada-Terroraufstand 2000**

Der sog. „Oslo-Prozess“, benannt nach dem Ort erster direkter Verhandlungen zwischen Repräsentanten Israels und den Arabern im westlichen Palästina der frühen 1990er Jahre, war der Ausgangspunkt einer „neuen Denkweise“ westlicher Diplomatie, um zu friedlichen, nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Juden und Arabern zu gelangen.

Es folgten zehn Jahre lang Grundsatzserklärungen zur Annäherung der Standpunkte, Interimsabkommen, Einrichten von Entflechtungszonen, territoriale Selbstverwaltung, Versuche zu einer permanenten Lösung zu kommen, gegenseitige Vorwürfe über nicht eingehaltene Vereinbarungen und Verweigerung entscheidender Zugeständnisse.

Einer Einigung nahe wie nie zuvor, endete 2000 eine Verhandlungsrunde wider Erwarten mit einer Angebotsablehnung ohne Gegenvorschlag. Kurz darauf brach, für westliche Verhandlungspartner unvermittelt und unerwartet, der zweite Intifada-Terroraufstand aus, mit über 900 israelischen und 2600 arabisch-palästinensischen Todesopfern. Diese 5 Jahre währende Konfrontation erschütterte das Vertrauen in eine politische Lösung nachhaltig, so dass alle nachfolgenden Friedensinitiativen keinen Ausweg brachten. Heute gilt der Oslo-Prozess als gescheitert.

### **Die gegensätzlichen Friedensformeln**

Aus Israels Sicht ist die Formel „Land für Frieden“, trotz Krieg und Terror, letztendlich das Zugeständnis zu einem palästinensischen Staat, aber nur unter den Bedingungen der UN-Resolution 242, das heisst der Anerkennung des jüdischen Staates und Respektierung seiner Sicherheit „frei von Bedrohung und Gewalt“.

Hinter der arabischen Formel „Land ohne Frieden“ steht die Absicht, mit dem gewonnenen Gebiet eine komfortable Basis zur Zerstörung des jüdischen Staates zu erreichen und nicht in erster Linie den Staat Palästina zu errichten. Das entspricht der Khartum-Resolution, die durch den Jahrzehnte langen Terror und Krieg bestätigt wird. Die arabischen Staaten haben zwischen 1948 und 1967 nie den Versuch unternommen, das Angebot der Weltgemeinschaft und letztlich Israels wahrzunehmen, einen eigenen Staat zu schaffen, wie mit der UN-Resolution 181 angeboten.

Ihrer eigenen Doktrin folgend wehrt sich die arabisch-palästinensische Seite gegen die Bindung an völkerrechtliche Friedensverträge, um nicht zu einem eigenen Staat zu kommen, bevor es ihnen gelingt, Israel auszulöschen. Denn als souveräner Staat Palästina würden sie sich vor aller Welt wegen dem Versuch, einen anderen Staat auszulöschen, verantworten müssen und könnten die Rolle des vom „Apartheid-Staat Israel unterdrückten palästinensischen Volkes“ nicht mehr aufrecht halten, eine Rolle, aus der sie derzeit das moralische Recht ableiten, ihren Forderungen mit Gewalt Gehör zu verschaffen, Forderungen, bei deren Erfüllung das Ende des Staates Israel absehbar wäre.

Anfänglich schien sogar ein Zweivölkerstaat vorstellbar. Immerhin leben nahezu 2 Mio. Araber mit israelischem Pass in Israel und heute würden über 50 % von ihnen lieber in Israel als in einem palästinensischen Staat leben wollen. Aber die Jahrzehnte langen terroristischen Übergriffe der islamistischen Kräfte lassen Israel endgültig erkennen: Frieden ohne Sicherheit ist kein Leben neben einem Staat, der nie aufhört, Israels Vernichtung anzustreben. Wenn sie nicht militärisch zu erreichen ist, dann mit Fälschung und Manipulation der Geschichte, Religion, Archäologie, Politik und Medien, um der Weltgemeinschaft weis zu machen, dass die historischen, kulturellen und religiösen Verbindungen des jüdischen Volkes mit dem Heiligen Land alles Lügen seien, Israel deshalb keine Existenzberechtigung und keine Zukunft in Palästina habe, was wiederum die Rechtmässigkeit des „palästinensischen Volkes in ihrer Urheimat“ beweise.

Ganz im Sinne der Formel „Land ohne Frieden“ beantragte die arabisch-palästinensische Seite 2011 die Anerkennung eines palästinensischen Staates als Vollmitglied der UNO, um auf diesem direkten Weg die Anerkennung des jüdischen Staates zu umgehen. Israels Antwort im Konsens der UN-Resolution 242 und gegen die Khartum-Resolution: „Wir werden unseren Konflikt nicht mit einseitigen Ausrufungen eines Staates lösen. Wir brauchen dazu einen gegenseitigen Kompromiss, in dem ein entmilitarisierter palästinensischer Staat den einzigen wahren jüdischen Staat anerkennt.“ (Benjamin Netanjahu vor der UNO, 27.09.2012)

So gesehen macht die widersprüchlich anmutende Behauptung Sinn, dass es der arabischen Seite gar nicht um einen weiteren arabischen Staat geht, sondern um das Ende des Staates Israel. Der ägyptische Kleriker Safwat Higazi eröffnete die Präsidentschaftskampagne für Muhammed Mursi vor Hunderttausenden auf dem Tapir-Platz im Zentrum Kairos: „Wir können sehen, wie der Traum des islamischen Kalifats Realität wird...dass die Vereinigten arabischen Staaten wiederhergestellt werden durch diesen Mann Dr. Muhammed Mursi...morgen wird Mursi Gaza befreien...unsere Hauptstadt wird nicht Kairo, Mecca oder Medina sein, es wird Al Kuds [Jerusalem] sein...unser Ruf wird lauten: Millionen Märtyrer marschieren gen Jerusalem“. (Al-NAS TV vom 1.Mai 2012)

### Teil III

#### Die religiöse Dimension im Nahostkonflikt

Wenn man nun die naheliegende Frage stellt, ob die religiöse Welt des Islam gegen alle politischen Bemühungen seit Jahrzehnten den Nahostkonflikt dominiert, oder warum Israel sich weigert, den Forderungen nachzugeben, so stelle man sich vor, Palästina läge in der westlichen Welt. Dann wäre der Konflikt um die Existenz des Staates Israel nur ein politisches Thema. Da die westliche Welt den Staat Israel jedoch auf islamischem Boden wiederherstellen will, ist das Thema religiös belastet, das heisst, aus islamischer Sicht gibt es solange keine Lösung, wie Israel existiert. Die islamische Doktrin beherrscht den Nahostkonflikt. Die westliche, politische und die islamische Seite fechten auf ganz unterschiedlichen Ebenen. Sie werden keinen Konsens finden, weil das westliche Lösungsdenken auf Kompromiss und Koexistenz baut, was für die islamische Seite identisch ist mit Niederlagen. Ihr Grundsatz ist, dass man mit Ungläubigen keinen Frieden schliesst. Nur zwei weltlich orientierte Seiten können mit politischen Instrumenten Frieden finden.

Die westliche Seite wird diesen Krieg um Frieden weiterhin verlieren, wenn sie nicht mit der adäquaten biblischen Dimension antwortet, das heisst, wenn sie nicht auf dem nicht verhandelbaren Recht Israels auf Existenz im Land ihrer Väter besteht, dem die Araber nichts adäquates entgegen setzen können, wenn man akzeptiert, dass der Besitzanspruch an das Land nur in der Bibel ohne Änderungs- oder Verjährungsklausel belegt ist.

Aber weder die Nationen, noch Israel, noch die christliche Welt treten auf diese Dimension konsequent ein, um dem islamischen Gegenüber wirklich Paroli bieten zu können, es davon überzeugen zu können, dass die Vernichtung Israels keinen Frieden schafft.

Schlussendlich ist der Nahostkonflikt ein Stellvertreterkrieg um die Frage: Welcher Gott ist der Sieger über seine Feinde? Wer schafft dauerhaften Frieden? Die islamische Seite agiert mit „Feuer und Schwert“. Israel reagiert, um zu überleben. Das Problem ist nicht an irgendeiner Ecke der Erde angesiedelt, sondern dort, wo der Gott Israels laut biblischer Aussage den Nachkommen Isaaks das damalige Land Kanaan zum ewigen Erbe zugesprochen hat. Dem widerspricht der Koran selbst nicht, aber die islamische Interpretation über im Namen Allahs eroberte Gebiete.

Wer will Frieden? Beide Seiten. Aber die arabisch-islamische Seite auf Kosten der Existenz der jüdischen.

Man mag es als Wortspiel abtun, aber das Zitat des Ministerpräsidenten Israels, Benjamin Netanjahu, trifft des Pudels Kern:

*„Wenn die Palästinenser heute die Waffen niederlegen, gibt es morgen Frieden. Wenn Israel heute die Waffen niederlegt, gibt es morgen kein Israel mehr.“*

Michael Böhme, Basel, Oktober 2012

#### Quellenangaben:

- The Routledge Atlas of the Arab-Israeli Conflict, Martin Gilbert, eighth Edition
- European Coalition for Israel, Grundlagen der völkerrechtlichen Rechte der Juden und des Staates Israel, C.D. Wallace, Sept. 2011
- Behauptungen und Tatsachen, Mitchell G. Bard, [www.jewishvirtuallibrary.org](http://www.jewishvirtuallibrary.org)
- Mandate for Palestine, Eli E. Hertz, [www.mythandfacts.org](http://www.mythandfacts.org)
- <http://de.wikipedia.org> bei den jeweiligen Themen wie Balfour-Deklaration, Yom Kippur, Oslo-Prozess etc.

[http://www.israelwerke.ch/Fakten über Israel](http://www.israelwerke.ch/Fakten%20über%20Israel)